„Wir müssen darüber sprechen, wer die Tatverdächtigen sind“

Die Krawalle in deutschen Innenstädten sind auch das Ergebnis der Migrationspolitik, sagt ein Experte. Er sieht eine Instrumentalisierung der Migranten durch autonome Gruppen

STEFAN LUFT

Die Krawallnächte in großen deutschen Städten wie Frankfurt und Stuttgart haben Deutschland aufgeschreckt. Dabei fiel die hohe Anzahl der Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund auf. Der Randale gingen oft Polizeieinsätze voraus, die als Provokation von jungen Menschen in den abgehängten Stadtteilen wahrgenommen wird.

VON MARCEL REICH

Auch die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt in Deutschland seit Jahren zu. Unter den Tatverdächtigen, die in diesem Deliktfeld registriert wurden, liegt der Ausländeranteil bundesweit bei rund einem Drittel. Für den Politikwissenschaftler Stefan Luft sind die Entwicklungen nicht überraschend. Er sieht Versäumnisse der Politik und eine steigende Polarisierung der Gesellschaft.

WELT: Bei den Krawallen in Frankfurt hatten fast alle der 39 Festgenommenen einen Migrationshintergrund, in Stuttgart waren von 24 Festgenommenen neun Asylbewerber. Warum fallen diese jungen Männer so negativ auf?

STEFAN LUFT: Sie versuchen, Teile des öffentlichen Raums zu dominieren, wie wir es in Stuttgart gesehen haben. Dort gibt es schon seit mehr als einem Jahr am Hauptbahnhof und um den Schlossgarten eine starke Präsenz von Gruppen junger, männlicher Migranten. Das darf sich nicht verfestigen, sonst trauen sich andere – vor allem Frauen – dort nicht mehr hin. Dazu kommt eine Gewaltaffinität von jungen Männern mit Migrationshintergrund, die oft auch muslimisch sind. Wir sehen zudem, dass die autonome Szene zunehmend versucht, auf diesem Terrain Einfluss zu gewinnen. Die autonomen Gruppen, die sehr gewaltorientiert sind, instrumentalisieren die Migranten in ihrem Kampf gegen den Staat. Dagegen muss man vorgehen.

Was führt zu dieser Gewaltaffinität der jungen Männer?

Sie haben häufig eine hybride Identität. Also eine Identität, die sich nicht mit einem Entweder-oder fassen lässt. Einerseits distanzieren sie sich von ihrer Elterngeneration, die sie als zu angepasst betrachten. Andererseits können sie sich aber auch nicht mit der Gesellschaft, in der sie leben, identifizieren. Dass sie in der polizeilichen Kriminalstatistik so auffällig sind, hat auch demografische Gründe. Viele junge Männer mit Migrationshintergrund erkennen inzwischen, dass es schwierig und anstrengend ist, sich in unseren Fachkräftearbeitsmarkt einzugliedern und dann aufzusteigen. Das führt zu Frustrationen. Sie sind mit irrationalen Erwartungen gekommen, die nicht erfüllt worden sind.

Was sind diese demografischen Gründe?

Das liegt zum einen an einer schlechten sozialen Lage und einem niedrigen Bildungsniveau. Sie sind zudem häufiger arbeitslos und leben vorwiegend in Städten. Hinzu kommen kulturelle Faktoren: die Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen im Rahmen einer Kultur der Ehre. Diese sind vor allem in muslimischen Kreisen ausgeprägt. Solche Normen haben etwas zu tun mit Erziehung und Gewalterfahrungen in Familien sowie mit der Subkultur, in der jemand aufwächst. Handlungen, die als Ehrverletzungen interpretiert werden, werden mit Gewalt beantwortet. Wir reden hier wohlgemerkt über eine Minderheit unter den ausländischen Staatsangehörigen und Migranten. Doch diese Gruppen sind von Bedeutung, weil sie das öffentliche Leben, insbesondere in den Städten, negativ beeinflussen. Sie sind gegenüber dem deutschen Staat und der Polizei, die das Gewaltmonopol beansprucht, ablehnend eingestellt.

Woher kommt diese negative Einstellung?

Diese Migranten sagen: „Wir sind in Deutschland nicht erfolgreich, weil uns der Staat und die Gesellschaft diskriminieren.“ Das ist meistens eine Fehlinterpretation. Denn der große Teil dieser Gruppe verfügt schlicht nicht über die Qualifikationen, die man in Deutschland braucht, um außerhalb des Niedriglohnsektors erfolgreich zu sein. Weil diese Menschen sich diskriminiert fühlen, reagieren sie auch auf kleinste Handlungen von Repräsentanten des Staates mit großer Aggressivität. Wenn Clanangehörige zum Beispiel wegen einer Verkehrskontrolle mit der Polizei zu tun bekommen, kommt es vor, dass sie ihre Landsleute rufen und dass sich die Polizei und mögliche Geschädigte von einer Gruppe umringt sehen und dadurch in die Defensive geraten. Das darf so nicht sein.

Warum tun sich diese Migranten so schwer auf dem Arbeitsmarkt?

Die mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt war vorhersehbar. Der Strukturwandel hin zur Informations- und Wissensgesellschaft hat zu einem massiven Abbau von Stellen für Geringqualifizierte geführt. Selbst bei Einfacharbeitsplätzen wird häufig ein Berufsabschluss verlangt. Wenn man hier ungeregelte Migration im größeren Ausmaß zulässt, darf man sich nicht wundern, dass sich diese Leute schwertun. Ihnen werden von Netzwerken und Schleusern falsche Versprechungen gemacht. Daher muss Migration wirksamer gesteuert werden. Die EU und Deutschland müssen mit der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft ihre Leistungsfähigkeit beweisen. Eine durchgreifende Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems ist überfällig.

Sie beschäftigen sich auch mit der Polarisierung der Gesellschaft in den vergangenen Jahren. Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Wir müssen darüber sprechen, wer die Tatverdächtigen sind. Ursachen müssen benannt und dürfen nicht verschwiegen werden, aus Furcht, den Falschen damit in die Hände zu spielen. Auch die Debatte über die Polizei spielt eine Rolle. Wer pauschal unterstellt, die Polizei sei rassistisch oder – wie es die Antifa propagiert – der „Bulle“ sei der Feind, der treibt die Gesellschaft auseinander. Diesen Diskurs muss man ächten. Deshalb halte ich auch alle Signale seitens der Grünen und der SPD für fatal, die Antifa aufzuwerten und als möglichen Bündnispartner zu sehen. Das geht gar nicht.

Treiben nur Linke die Gesellschaft auseinander?

Nein. Auch rechter Terrorismus – Stichwort: NSU – verunsichert Bevölkerungsgruppen. Zudem wirken die Berichte über den Verdacht gegen Polizeibeamte aus Hessen und über „NSU 2.0“ ohne Zweifel beunruhigend. Die Hetze im Netz gegen Muslime und andere Minderheiten trägt ohne Zweifel zur politischen Polarisierung bei. Unabhängig davon bleibt es aber dabei: Der Versuch weiter Teile der Politik, unter Berufung auf den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus die Bevölkerung bei dem zentralen Thema der Migration zu belehren, wie darüber zu denken sei, wird nicht erfolgreich sein.

Haben Sie das Gefühl, dass aus den Entwicklungen der letzten Zeit gelernt wurde?

Die Politik sagt weiterhin: „Du sollst Vielfalt lieben.“ Die Bereitschaft, davon abzugehen, sehe ich überhaupt nicht. Im Gegenteil. Ich habe erst jüngst einen Bericht eines Kabinettsausschusses gelesen, der vom Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus handelt. Dort war mehrfach von der Verpflichtung die Rede, Diversität positiv zu sehen. Das halte ich für illegitim. Der Staat kann nicht verlangen, eine bestimmte Gesinnung zu haben. Und es ist auch inhaltlich ungerechtfertigt, denn es gibt auch Schattenseiten von Diversität. Wenn man die Augen davor verschließt und sagt, die gibt es gar nicht, wird man scheitern.

ANZEIGE